

Birkenfeld, den 17. 12. 2013

Haushaltsrede der Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld für 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,
wir bedanken uns bei Herrn Dr. Schneider und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, insbesondere auch bei Herrn Müller, für den vorgelegten Haushaltsentwurf.

Trotz aller Bemühungen des Kreises sind die Fakten ernüchternd: Ein voraussichtlicher **Jahresfehlbetrag von 10.874.779 Euro** und damit ein Anstieg des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages des Kreises von derzeit 55.300.000 Euro auf 66.200.000 Euro zum 31.12.2014.

Das zeigt, dass selbst die ab 2014 greifende 100%ige Entlastung des Kreises bei der Grundsicherung durch den Bund, und die auf Grund einer Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz erfolgten neuen Schlüsselzuweisungen C1 und C2, die einen verbesserten Ausgleich der Belastungen des Landkreises als Träger der Sozial- und Jugendhilfe herbeiführen, die galoppierende Verschuldung nicht stoppen, sondern bestenfalls etwas verlangsamen können.

CDU und SPD haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Bundesregierung ab 2016 die Kommunen mit einem Gesamtbetrag von 5 Milliarden Euro entlasten will.

Ab dem kommenden Jahr soll den kommunalen Kassen mit einer Soforthilfe in Höhe von

1 Milliarde Euro geholfen werden. **Diese Pläne** bleiben in der Höhe weit hinter dem zurück, was notwendig wäre - und sie **ändern nichts an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen.**

Angesichts des desaströsen Zustands der Kommunalhaushalte stellen die in Aussicht gestellten Beträge immerhin eine Hilfe dar.

Deshalb ist es **völlig inakzeptabel, dass die SPD-Grüne-Landesregierung von dem ab 2016 geplanten Entlastungsbetrag die Hälfte zugunsten des Landeshaushaltes einbehalten will.**

Die Landesregierung musste sich im vergangenen Jahr vom Verfassungsgerichtshof bescheinigen lassen, dass die Kommunen mindestens seit 2007 verfassungswidrig unterfinanziert wurden.

Nun setzten Ministerpräsidentin Dreyer und ihre rot-grüne Landesregierung noch einen drauf und wollen sich ungeniert weiter bei denen bedienen, denen schon vorher verfassungswidrig das Wasser abgegraben wurde.

Selbst wenn die Kommunen nächstes Jahr etwas mehr Geld erhalten sollten, wird es ihnen an anderer Stelle wieder entzogen.

Obwohl die Schulsozialarbeit immer wichtiger wird, hat das Land Rheinland-Pfalz seine Mittel mit Inkrafttreten der Bundesförderung gekürzt und diese Bundes-Mittel laufen zum Jahresende aus.

DIE LINKE ist keineswegs der Meinung, dass Schulsozialarbeit eine freiwillige Leistung der Kommunen ist, die nach Gutdünken eingeschränkt oder gestrichen werden kann.

Im Sozialgesetzbuch, Achstes Buch, Kinder- und Jugendhilfe, ist unter § 13 Jugendsozialarbeit in Absatz 1 zu lesen: "Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern."

Damit jungen Menschen nicht die Zukunft geraubt wird, muss der Kreis darauf bestehen, dass die Schulsozialarbeit weitergeführt und ausgebaut wird.

Wir begrüßen es, dass die **Integrierte Gesamtschule Herrstein durch die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern so gut angenommen wird**. Aus Sicht der LINKEN ist dies ein Schultyp, der auch im Kreis Birkenfeld dazu geeignet ist, andere Schulformen - in denen Kinder benachteiligt werden - zu ersetzen.

Grundsätzlich **lehnt DIE LINKE einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst ab**, immer weitere Einsparungen im Stellenplan sehen wir kritisch. Diese dürfen nicht zu Lasten der Leistungsfähigkeit der Verwaltung gehen und auch nicht zu einer Überlastung der verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreis Birkenfeld erhofft sich durch die Einrichtung eines Nationalparks unter anderem eine wirtschaftliche Verbesserung seiner Lage. Das wird auch von der LINKEN gewünscht.

Ein Nationalpark, der an den Grenzen von Windrädern quasi umzingelt ist und über dessen Bäumen Militärjets im Tiefflug für bleibende Eindrücke sorgen und vom nahen Truppenübungsplatz Schießlärm über große Entfernungen bis in die Nacht hörbar ist, ist aus touristischer Sicht allerdings höchst fragwürdig. Militär und Tourismus schließen sich aus.

Das Jahrzehnte lange bedingungslose Festhalten an den Militärs in der Region war hinsichtlich einer friedlichen, wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung fatal.

Auch Herr Spittler von der AubE-Tourismusberatung, der 2012 auf der Fachtagung "Nationalpark" zum Thema "Nationalparke als Wirtschaftsfaktor für eine nachhaltige Regionalentwicklung" referierte, sieht in Luft-Boden-Übungen und dem damit verbundenen Fluglärm ein großes Problem.

Wir hoffen, dass wir dieses Problem lösen oder zumindest entschärfen können bevor die Gäste den Park als Mogelpackung ausmachen.

Für die LINKE ist ein Nationalpark aber auch ein Instrument, das die Rot-Grüne Landesregierung davon abhalten soll, im Staatswald zusätzliche Windkraftanlagen zu errichten. Das würde nämlich unsere Tourismusbranche vollends zerstören.

DIE LINKE hat anstehende Erhöhungen der Kreisumlage immer abgelehnt. Deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich den Mut der Kreisverwaltung, im vorliegenden Haushaltsplan auf eine Umlagen-Erhöhung zu verzichten. Ob dieser Verzicht vor der

allmächtigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Bestand haben wird, wird sich zeigen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass die ADD mit der gleichen Dreistigkeit, mit der sie versucht die Kommunen auszupressen, auch von der Landesregierung höhere Zuwendungen einfordern müsste.

In der letzten Haushaltsrede habe ich im Zusammenhang mit der von uns abgelehnten Schuldenbremse darauf hingewiesen, dass in 20 Jahren von der gesamten Infrastruktur im Kreis nicht mehr viel übrig sein wird. Nun, ich habe mich geirrt. Es wird keine 20 Jahre dauern, sondern leider viel schneller gehen.

Die im Juni vom Kreistag gegen die Stimmen der LINKEN beschlossene **Förderung von Ausbaumaßnahmen von Kindertagesstätten ist allerhöchstens Mittelmaß**, bleibt weit hinter den von uns unterstützten Erwartungen der Verbandsgemeinden zurück und verzichtet bewusst auf eine bestmögliche Sicherheit der Kinder, weil notwendige Sanierungen nicht durchgeführt werden können. Dies zeigt, wohin der Weg im Kreis Birkenfeld führt.

Wir sind mittlerweile soweit, dass Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Vollmersbach regelmäßig den Unterricht versäumen, weil nicht genügend Buskapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Die letzten beiden morgens vor 8 Uhr vom Bahnhof Idar-Oberstein abfahrenden Busse sind jedes mal überfüllt und nehmen nicht alle mit.

Heute die Kitas, morgen die Schulen, übermorgen fehlt das Geld für unsere Krankenhäuser und die Reparatur der Straßen.

Solange Vermögende und große Unternehmen weiter keine gerechten Steuern zahlen, und auf Kosten der Allgemeinheit sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen - die fast alle brav ihre Steuern zahlen - schmarotzen können, ist der Verfall der öffentlichen Infrastruktur vorprogrammiert.

Die Straßen sind zunehmend marode und ein Kreis-Radwegenetz fehlt ebenso wie die notwendigen Gelder, um bestehende Wanderwege instand zu halten, auch der ÖPNV wird zunehmend zum Sorgenkind.

Wo bleibt die Lebensqualität im ländlichen Raum? Warum sollen junge Menschen hier bleiben, wenn kaum Arbeitsplätze vorhanden sind bzw. man von diesen kaum leben kann?

DIE LINKE bekräftigt ihre **Forderung nach einer auskömmlichen und konjunkturunabhängigen Finanzierung der Kommunen**. Nur so können die Aufgaben, die nicht zuletzt das Grundgesetz den Kommunen zuweist, tatsächlich erfüllt werden. Derzeit reicht das Geld aber nicht einmal, um die gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen. Von einer kommunalpolitischen Gestaltung, wie sie der im Grundgesetz festgeschriebene Föderalismus vorsieht, kann auch im Kreis Birkenfeld längst nicht mehr die Rede sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, **Ende 2009 hatte der Kreis Birkenfeld einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 14,2 Millionen Euro auszuweisen. Ende 2014, also gerade mal 5 Jahre später, werden es bereits 66,2 Millionen Euro sein. Tendenz steigend!**

Trotz bester Haushaltung kann der Kreis mit eigenen Mitteln keine Trendwende hin zur Entschuldung einleiten. Das muss uns doch allen klar sein! Spätestens wenn die Kreditinstitute nicht mehr mitspielen, gehen hier die Lichter aus.

Deshalb wiederholen wir noch einmal eindringlich, was wir jedes Jahr fordern:

Gerechte Steuersätze, damit endlich auch Besserverdienende und Vermögende ihren Anteil an der Infrastruktur des Kreises bezahlen, und eine konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt - bezahlt!

Da nach wie vor kein echtes Umdenken und Umsteuern erkennbar ist, müssen wir auch diesen Haushalt mit ansonsten durchaus positiven Ansätzen, ablehnen.

DIE LINKE stimmt dem Haushalt 2014 nicht zu.

Tanja Krauth

für die Kreistags-Fraktion

DIE LINKE Birkenfeld